

Otto von Bismarcks Kolonialismus und das Lindauer Bismarck-Denkmal

Otto Eduard Leopold von Bismarck-Schönhausen (1815 – 1898), ab 1865 Graf von Bismarck-Schönhausen, ab 1871 Fürst von Bismarck, ab 1890 auch Herzog zu Lauenburg war von 1862 bis 1890 – mit einer kurzen Unterbrechung im Jahr 1873 – Preußischer Ministerpräsident, von 1867 bis 1871 zugleich Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes. Von 1871 bis 1890 war er erster Reichskanzler des 1871 im Schloss von Versailler bei Paris gegründeten zweiten deutschen Kaiserreiches.¹

„Als Nachrücker im sächsischen Provinziallandtag wurde Bismarck als Vertreter der Ritterschaft der Provinz Sachsen 1847 Mitglied des Vereinigten Landtags. In diesem Gremium, das von der gemäßigten liberalen Opposition dominiert war, fiel er bereits bei seiner ersten Plenarrede als strikt konservativer Politiker auf, als er bestritt, dass es bei den Befreiungskriegen auch um die Durchsetzung liberaler Reformen gegangen war. In der ‚Judenfrage‘ sprach er sich klar gegen die politische Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung aus.“²

Zur erfolgreichen gewaltsamen Niederschlagung der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49 in den deutschsprachigen Ländern Mitteleuropas auch durch preußisches Militär, äußerte er sich in seinen späteren Lebenserinnerungen u.a. wie folgt: „Ich hatte schon damals das Vertrauen, dass die militärische Kraft Preußens genügen werde, um alle Aufstände zu überwältigen...“.³



Lindauer Tagblatt vom 11. April 1866 (Ausschnitt) mit dem Bericht über die Anti-Bismarck-Versammlung im Gasthaus „Zum Lamm“. Original im Stadtarchiv Lindau; Repro: Schweizer.

Begonnen im Jahre 1863, spitzte Otto von Bismarck 1866 als Preußischer Ministerpräsident die Auseinandersetzung zwischen dem Königreich Preußen sowie

dem Habsburger Kaiserreich Österreich-Ungarn um die Vorherrschaft in einem alle deutschen Einzelstaaten umfassenden neuen deutschen Reich bewusst zu.

„Als Österreich am 1. Juni 1866 die Entscheidung über die Zukunft Schleswig-Holsteins dem Bundestag übertrug, ließ Bismarck mit dem Argument, dies sei eine Verletzung der Gasteiner Konvention, die preußische Armee in Holstein einmarschieren. Daher beschloss der Bundestag am 14. Juni auf Antrag Österreichs die Mobilmachung des Bundesheeres. Preußen erklärte daraufhin den Bund für aufgelöst, da ein solcher Beschluss unzulässig sei. Es begann am 16. Juni 1866 mit den militärischen Operationen gegen die Königreiche Hannover, Sachsen und gegen Kurhessen...“⁴ Mit dem Sieg der preußischen Armee am 3. Juli 1866 in der Schlacht von Königgrätz wurden Österreich und seine süddeutschen Verbündeten, darunter das Königreich Bayern, besiegt.

Auch in Lindau hatte bereits im Frühjahr 1866 eine „ziemlich zahlreich besuchte“⁵ Versammlung des örtlichen „Schleswig-Holstein-Vereins“ im Gasthaus „Zum Lamm“ am 7. April 1866 Protest gegen die militaristische Machtpolitik Otto von Bismarcks als preußischer Ministerpräsident erhoben. Der Verein repräsentierte die seinerzeitige Oberschicht des Lindauer Bürgertums. Zu den sieben Vorstandsmitgliedern gehörten Rechtsanwalt Hermann Beckh als Vorsitzender, sowie u.a. Werkmeister Johann Jacob Götzger, Landarzt Dr. Kinkelin sowie die selbständigen Kaufmänner M. Helmensdorfer und Eduard von Pfister.

Vorstand Beckh legte nach seinem Referat zur „gegenwärtigen Lage des Vaterlandes“ eine vier Punkte umfassende Resolution vor, welche gegen eine einzige Stimme mit großer Mehrheit angenommen wurde. Deren Punkt 1 lautete: „1. Es ist der höchste Frevel an der deutschen Nation, dass die heilige Sache Schleswig-Holstein von einem gewissen Junkerministerium in Berlin sogar dazu benützt wird, die Schrecken eines deutschen Bruderkrieges heraufzubeschwören.“⁶ Weiters berichtete das Lindauer Tagblatt u.a. „Aus der Debatte über die einzelnen Sätze ist noch hervorzuheben, dass im ersten Satze der Ausdruck ‚Junkerministerium in Berlin‘ beliebt wurde, um zu kennzeichnen, dass es eigentlich die bekannte, berüchtigte Persönlichkeit mit ihren Schweife von junkerischen und geistlichen Trabanten ist...“⁷ Bismarck war in Lindau damals der Inbegriff eines bössartigen Politikers.

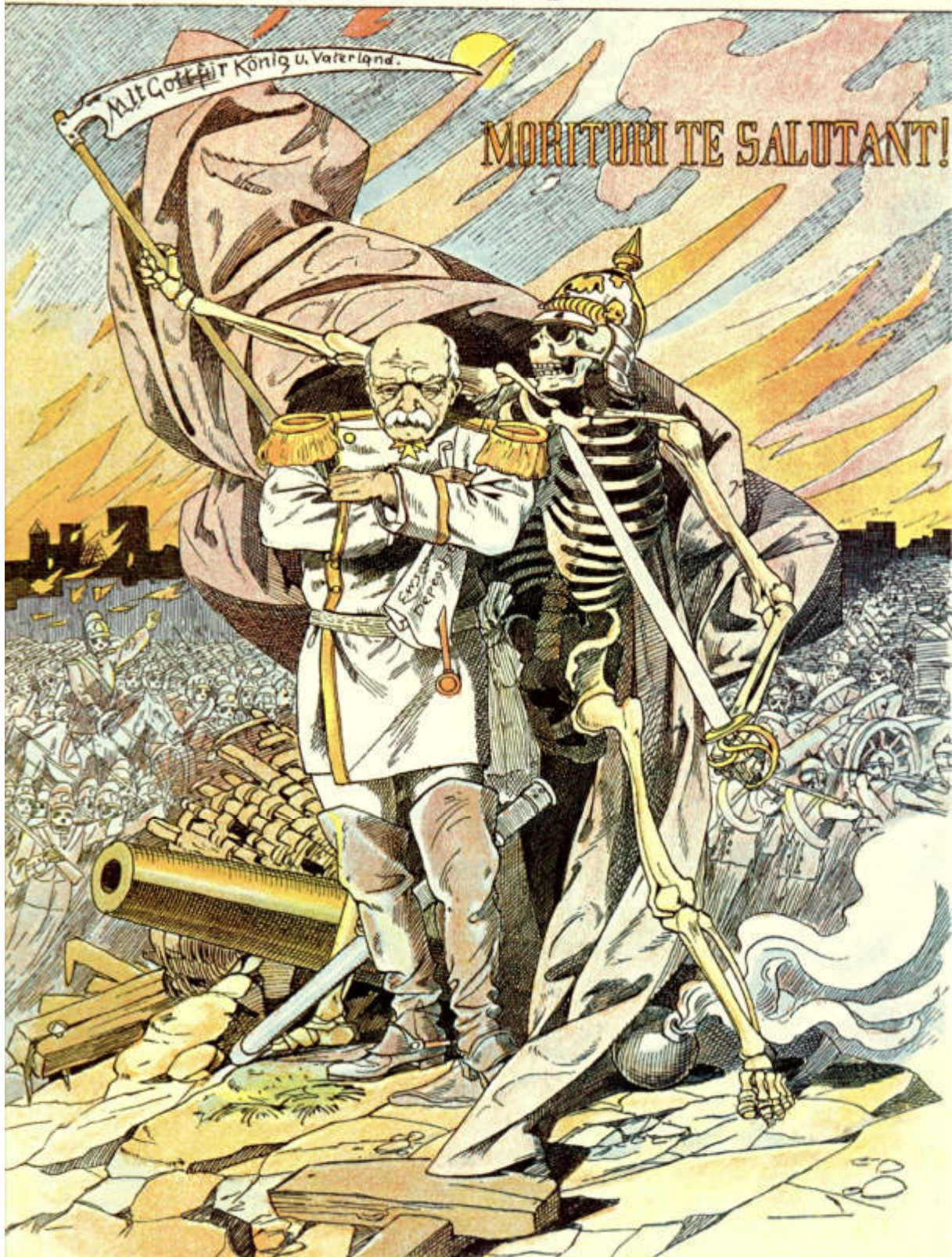
Am 5. Juni rückte das in Lindau stationierte bayerische Militär in den Krieg gegen das preußische Königreich aus. Operettenartig und „krähwinkelhaft“ war hingegen am 20. Juni 1866 der Fußmarsch von sieben „bewaffneten“ männlichen Mitgliedern des Lindauer „Liederkranzes“ nach Essersweiler, um dort die preußische Enklave Achberg als bayerisch besetzt zu erklären.⁸

Doch mit zunehmender wirtschaftlicher, finanzieller und militärischer Stärke des Königreiches Preußen distanzieren sich auch Lindaus Männer und Frauen der örtlichen bürgerlichen Elite zunehmend von ihrer bisherigen Bismarck gegenüber kritischen Haltung. Vier Jahre später, zu Beginn des Krieges mit dem Kaiserreich Frankreich 1870, unterstützten sie ähnlich wie Bayerns König Ludwig II. den „Waffengang“ Preußens und dessen verbündeten deutschen Staaten.

Bismarcks Manipulation am Text der offiziellen Antwort, der „Emser Depeche“ von Preußens König Wilhelm I. an den französischen Kaiser Napoleon III. provozierte die nachfolgende Kriegserklärung des machthungrigen Napoleons gegen Preußen am 19. Juli 1870 und damit den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 um die Vorherrschaft in Kontinentaleuropa.⁹

Das am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles bei Paris gegründete zweite Deutsche Kaiserreich samt den nun von diesem besetzten französischen Regionen Elsass und Lothringen erhielt eine Verfassung mit verstümmelten demokratischen Rechten. Sie entstand unter maßgeblichem Einfluss

Apotheose der Gegenwart.



„Verherrlichung der Gegenwart“: Kritik an der militaristischen Außenpolitik Otto von Bismarcks im sozialdemokratischen „Süddeutschen Postillon“ aus München in der Ausgabe vom April 1893. Repro: Schweizer

Bismarcks, welcher nun Reichskanzler wurde. Dieser war nicht dem Reichstag (Parlament) verantwortlich, sondern dem Kaiser, Wilhelm I, zuvor preußischer König Wilhelm I. Frauen hatten kein Wahlrecht. Im Königreich Preußen schränkte das dortige

Dreiklassen-Wahlrecht die Mitwirkung der männlichen Hälfte des Volkes durch Parlamentswahlen nochmals zusätzlich ein.

Zu Hauptgegnern seiner Regierungszeit erklärte Reichskanzler Bismarck u.a. die stärker werdende Arbeiterbewegung, organisiert in zahlreichen, größtenteils sozialistisch-sozialdemokratischen Gewerkschaften sowie in der 1875 aus der Vereinigung von „Allgemeinem Deutschem Arbeiter-Verein“ und „Sozialdemokratischer Arbeiterpartei“ hervorgegangenen „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAPD), seit 1890 die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD). Zwischen 1878 und 1890 wurde diese auf wiederholten Antrag von Reichskanzler Bismarck durch die jeweilige Reichstagsmehrheit verboten. Zwischen 1880 und 1890 wurde dies auf Betreiben Bismarcks durch bescheidene Anfänge für eine deutsche Sozialgesetzgebung ergänzt: „Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte“¹⁰

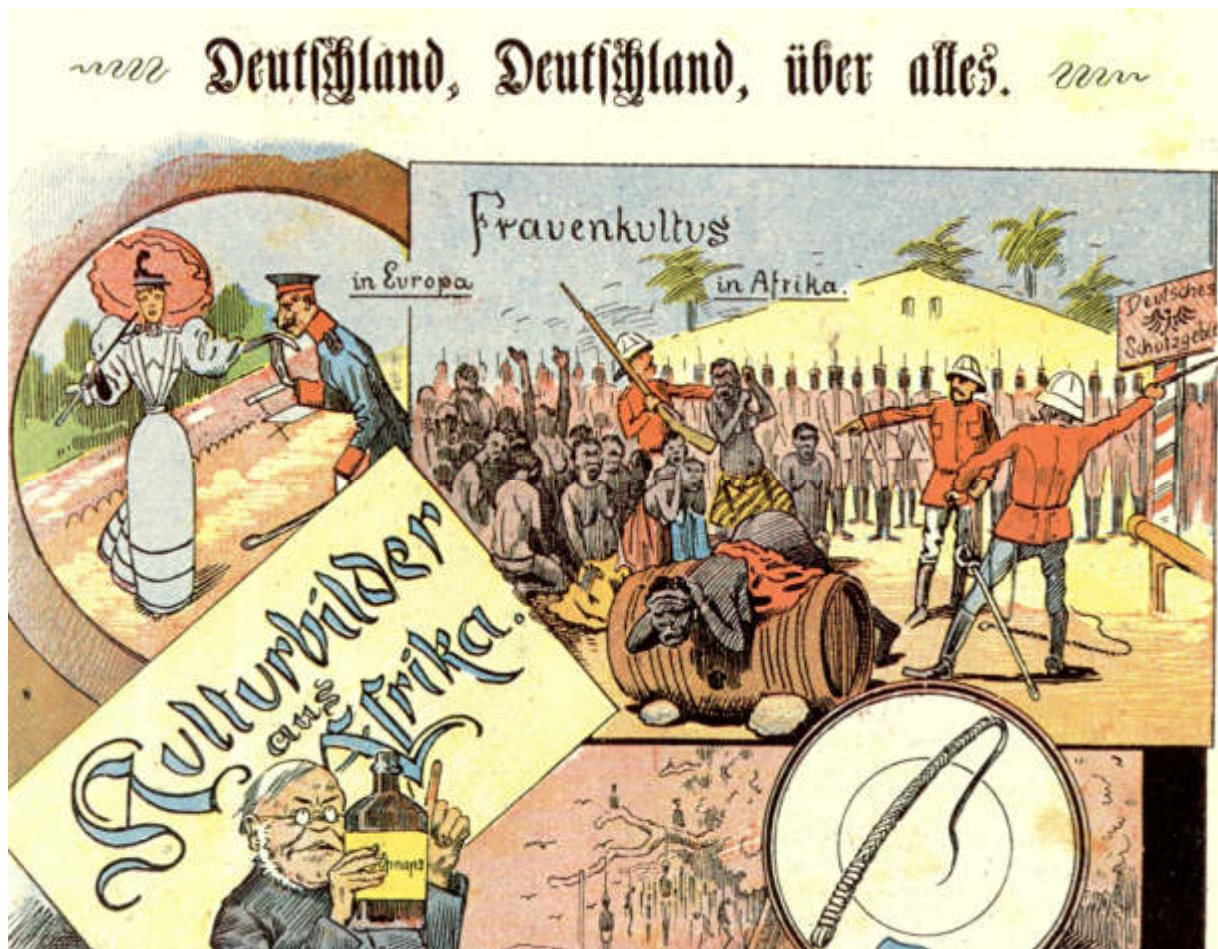
Zwischen 1872 und 1878 „wurden im Rahmen des sogenannten Kulturkampfes verschiedene Sondergesetze gegen die Katholiken in Deutschland beschlossen und wiederholt verschärft.“¹¹ Bismarck war evangelisch-christlichen Glaubens.

Währenddessen entwickelte sich der anwachsende Industriekapitalismus im Deutschen Reich seit 1871 dank u.a. dem Wegfall bisheriger Zollgrenzen, einheitlicher Reichsgesetze, der Vermeidung weiterer kriegerischer Konflikte mit den europäischen Nachbarstaaten sowie eines eigenen größeren Binnenmarktes zum damals profitabelsten, prosperierenden und langsam vorherrschenden Wirtschaftszweig in Deutschland. In Lindau-Reutin ließen deshalb beispielsweise die „Anglo-Swiss-Condensed Milk & Co.“ aus dem schweizerischen Cham 1874 ihre erste Milchfabrik im Deutschen Kaiserreich errichten, seit 1933 Dornier-Lindau.

An der Schwelle des Übergangs vom Industriekapitalismus zu dessen Entwicklungsstufe des Imperialismus begannen auch in deutschen Handels-, Bank-, Kirchen- und Industriekreisen die Begehrlichkeiten nach Kolonialbesitz. Teilweise aufbauend auf frühe deutsche Kolonialunternehmungen wie jene des Augsburger Handels- und Bankhauses der Welser von 1528 bis 1556 in Venezuela, jener des „Großen Kurfürsten“ von Brandenburg 1689 bis 1721 in Westafrika sowie denen der „Kaiserlich Ostendischen Handelsgesellschaft“ des Prinzen Eugen und des Herzogs von Arensburg von 1715 bis 1731, tauchten nun in Konkurrenz zu den bereits mächtigen europäischen Kolonialmächten, dem Königreich England, dem Kaiserreich Frankreich, den Königreichen Spanien, Portugal und Italien sowie den königlichen Niederlanden immer mehr deutsche Militärs, Forscher, Abenteurer, christliche Missionare und Handelsvertreter in Afrika und Asien auf. Diese fertigten Landkarten an, erkundeten die Lage von Bodenschätzen, kauften Land, vereinbarten mit örtlichen Würdenträgern Handelsverträge zu ihren Gunsten und ließen sich Häuser, Faktoreien (Firmenfilialen), Plantagen und Kirchen erbauen.

P. Jos. M. Abs formulierte den folgenden nächsten Schritt in seinem 1926 erschienenen Buch zur Wiedergewinnung von Kolonien für Deutschland rückblickend u.a. wie folgt: „Bismarck sandte nun den Forscher und Konsul Dr. Nachtigal auf dem Kanonenboot ‚Möve‘ (1884) zu einem Erkundungszug an die Westküste [Afrikas, K.S.], wo überall in englischen, französischen und portugiesischen Gebieten deutsche Handelsniederlassungen lagen. Andere Stationen lagen in Landstrichen, wo keine Macht die Oberhoheit ausübte, wie in Togo und Kamerun. Vergebens hatten sich die Häuptlinge dieser Landstriche öfters an England um Schutz gewandt. Mit dem König von Togo schloss Nachtigal einen Schutzvertrag, ebenso mit den Königen Akwa und Bell in Kamerun (...) Ein Gebiet, das wie kein zweites, ausgenommen der Sudan, wegen der Sklavenjagden berüchtigt war, bildete Ostafrika...“¹² Die Bezeichnungen „Schutzvertrag“ sowie „Schutztruppe“ sind hierbei manipulative Sprachregelungen für

die Verharmlosung der Tatsache, dass militärisch überlegene europäische Mächte sich andere Länder oder Landstriche als Kolonien unterwarfen, beherrschten, ausplünderten und die dortigen Menschen ausbeuteten.



Kritik an der europäischen und deutschen Kolonialpolitik in Afrika in der Ausgabe Nr. 23 von 1897 des sozialdemokratischen „Süddeutschen Postillons“ aus München. Repro: Schweizer.

Die ersten vier für das Deutsche Kaiserreich hierdurch 1884 „in Besitz genommenen“ Kolonien waren am 24. April „Deutsch-Südwest-Afrika“ (heute Namibia), am 5. Juli Togo, am 12. Juli Kamerun sowie am 4. Dezember „Deutsch-Ostafrika“, heute Teile von Tansania, Sansibar, Burundi, Ruanda sowie Mozambique.

Im Lindauer Tagblatt, beispielsweise am 17. Dezember 1884, lasen sich derartige Vorgänge folgendermaßen. „Die Reihe der deutschen Kolonialerwerbungen ist mit den bisher bekannten noch nicht abgeschlossen. Man erfährt zuverlässig, dass noch folgende Besitzergreifungen stattgefunden haben oder nahe bevorstehen: ein Teil der Küste nördlich von Port-Natal, östlich vom Transvaalland, ferner in der Südsee, auf Neu-Irland und Neu-Britannien, endlich im nordöstlichen Teil von Neu-Guinea.“¹³

Am 5. März 1885 meldete Lindaus inzwischen nationalliberales Tagblatt u.a.: „Der ‚Reichsanzeiger‘ publiziert den Schutzbrief des Deutschen Kaisers vom 27. Februar für die Gesellschaft für deutsche Kolonisation betreffs der von der Gesellschaft in Ostafrika westlich von Sansibar erworbenen Gebietsteile.“ Andererseits bedankten sich wirtschaftlich profitierende Kreise Deutschlands für diese neue deutsche Außenpolitik im Weltmaßstab. Lindaus Tagblatt hierzu am 26. Februar 1885: „Die Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland-Westfalen nahm eine Resolution an, worin die völlige

Zustimmung zur Kolonialpolitik des Reichskanzlers ausgesprochen und die Notwendigkeit der sofortigen Bewilligung der Geldmittel zur Subventionierung der deutschen Postdampferlinien betont wird.“



**Werbeveranstaltung der Lindauer Ortsgruppen der Deutschen Kolonialgesellschaft sowie des Alldeutschen Verbandes für den Besitz und die Beherrschung von fremden Ländern als Kolonien. Anzeige im Lindauer Tagblatt vom 27. Oktober 1900.
Original im Stadtarchiv Lindau; Repro: Schweizer.**

Doch nicht nur private zivile und von der Reichsregierung finanziell unterstützte Postdampferlinien in „alle Welt“ verließen nun regelmäßig auch deutsche Überseehäfen. Die Reichsregierung unter Kanzler Bismarck stellte auch die entsprechende Anzahl an Militär zur Verfügung, um die Völker in den Kolonien gewaltsam „gefügt“ machen zu können. Lindaus Tagblatt hierzu u.a. am 11. Februar 1885: „Der Vermutung der ‚Vossischen Zeitung‘, dass mit der ‚Hertha‘ 800 Mann Marine-Soldaten nach Kamerun gebracht und dort kaserniert werden sollen, steht eine Nachricht des Tageblattes von Wilhelmshaven entgegen, der zufolge einige in Reserve befindliche ältere Schiffe (wahrscheinlich ‚Vineta‘ in Wilhelmshaven und ‚Niobe‘ in Kiel) nach Westafrika übergeführt werden sollen, um in Kamerun als sogenannte Hulks, beziehungsweise Kasernenschiffe, zu dienen (...) um dem einstigen Gouverneur in Kamerun eine bewaffnete Macht zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zur Verfügung zu stellen.“

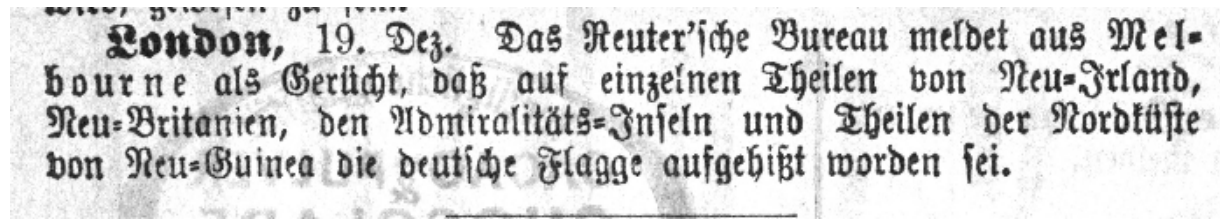
Dabei war das Land seit Jahrtausenden besiedelt und gehörte in unterschiedlichen Eigentumsformen den Einheimischen. Gesine Krüger notierte hierzu 2019 u.a.: „Die Neuankömmlinge aus Europa stießen nicht auf eine ‚terra nullius‘, auf menschenleere und ungenutzte Gebiete – das war bloß die Rhetorik der Rechtfertigung für ihre Landnahme. Die künftige Kolonie musste weder ‚entdeckt‘ noch ‚erschlossen‘ werden, denn dort lebten und wirtschafteten schon seit langer Zeit Ackerbauern und Viehhalter (...) Über große Distanzen hinweg kommunizierten die afrikanischen Anführer untereinander und nutzten Boten und Briefe als Medien der Diplomatie (...)“

Durch Missionare, die schon lange vor der Ankunft der Kolonisten versuchten, die ‚Heiden‘ für das Christentum zu gewinnen, hatten die einheimischen Eliten die Politik der imperialistischen Mächte kennengelernt (...)

So ging verloren, was der französische Historiker und Archäologe François-Xavier Fauvelle die ‚goldenen Jahrhunderte‘ genannt hat; das afrikanische Mittelalter. Ein Afrika, das die Entwicklung von Städten erlebt hatte, in denen Fürsten ihre Paläste, Moscheen oder Kirchen bauten und fremde Kaufleute und Gelehrte anzogen...“¹⁴

Bismarck war zu jener Zeit aktiv bemüht, die nun zusätzlich verschärfte Konkurrenzsituation der europäischen Mächte um den weltweiten Besitz von fremden Ländereien als Kolonien vorerst möglichst zu entschärfen. „Mit der Kongo-Konferenz demonstrierte er die gewachsene Stärke Deutschlands. Abgesandte von zwölf

europäischen Staaten, dem Osmanischen Reich und den USA regelten von Mitte November 1884 bis Ende Februar 1885 die Modalitäten für eine Aufteilung ihrer Meinung nach herrenloser Gebiete Afrikas sowie den Zugang für den Handel und die Missionstätigkeit auf dem Kontinent (...)



Notiz über die Hissung der deutschen Reichsflagge in verschiedenen Kolonien in der Südsee im Lindauer Tagblatt vom 21. Dezember 1884. Original im Stadtarchiv Lindau; Repro: Schweizer.

Deutschland selbst sicherte sich seine ersten Kolonien Kamerun, Südwest, Togo, Ostafrika. Seine kolonialen Aktivitäten dort wurden anerkannt.

Am Kongo-Fluss errichtete der belgische König Leopold II. danach eine Schreckensherrschaft. Seit der Zeit der Expeditionen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts prägte die Gier Fremder nach den ungeheuren natürlichen Reichtümern das Leben im Kongo...¹⁵

Reichskanzler Bismarck wusste diese neue deutsche Kolonialpolitik auch forsch zu verteidigen, so beispielsweise in der Reichstagssitzung vom 13. März 1885, über welche das Lindauer Tagblatt u.a. folgendermaßen berichtete: „Fürst Bismarck: ... ,Die Bedenken des Vorredners gegen unsere jetzige Kolonialpolitik treffen übrigens nicht zu. In Angra Peguena [älterer portugiesischer Name für die „Lüderitzbucht“ in „Deutsch-Südwestafrika/Namibia, K.S.] ist große Aussicht, eine blühende Montanindustrie entstehen zu sehen. Auch die Behauptung von mangelnden Konsumenten trifft nicht zu; denn die in den Kolonien etablierten Geschäfte werden Spediteure des deutschen Handels nach dem Inneren sein. England machte mit dieser Spekulation auf Absatz nach dem Inneren Afrikas bisher gute Erfahrungen (...)

Die Kolonien in Tonga [Inselstaat im Südpazifik, K.S.] sind gegründet, um tropische Produkte einzuführen. Hamburgische große Firmen haben kaum eine Familie, aus der nicht ein Mitglied jahrelang drüben war (...) Wir treiben keine leichtsinnige Kolonialpolitik, sondern folgen dem deutschen Kaufmann mit dem Schutze des Reiches nach'...“¹⁶

Zu dieser Zeit meldeten sich auch Lindauer Verehrer Bismarcks und dessen undemokratischer sowie kolonialistischer Politik mit folgendem anonymen Leserbrief im Tagblatt zu Wort: „Eingesandt. Während man sich allerorts im deutschen Reiche, im kleinsten Dorfe wie in der größten Stadt in allgemeinen Versammlungen berät und rüstet, den siebenzigsten Geburtstag und das fünfzigjährige Amtsjubiläum des größten Staatsmannes Deutschlands, des größten Staatsmannes der Zeit in würdiger Weise zu feiern, scheint in des Reiches südlichster Mark hierin nichts geschehen zu sollen. Man erlaubt sich daher die bescheidene Frage: ‚Wo bleibt Lindau?‘ Mehrere Bismarckverehrer.“¹⁷

Einer von ihnen war Rektor Georg Horkel von der Königlichen Realschule Lindau. Zu jener Zeit begannen Lindaus Bismarckverehrer aus dem örtlichen Bürgertum damit, sich zu einem Stammtisch in einem der Räume des ehemaligen Hotels „Zur Krone“ in der Ludwigstraße zu treffen. Die Wände wurden mit Fotos, Devotionalien, einer Büste des Kanzlers sowie Briefen aus dem Büro Bismarcks dekoriert.

40^b
Aufteilung Afrikas.



Die europäischen Kolonien in Afrika auf dem Stand von 1901 im auch in Lindau verwendeten „Historischen Schul-Atlas“ von F.W. Putzgers, Verlag Velhagen & Klasing, Bielefeld 1901, Kartendokument 40b. Es fehlen die Kolonien Belgiens (Kongo) sowie des Osmanischen Reiches (Ägypten und Nachbarländer).

Nach dem Tode Kaiser Wilhelm I. 1888 und dessen Nachfolgers Friedrich III. folgte im Sommer 1888 dessen Sohn Wilhelm II. Letzterer betrieb u.a. eine Politik, welche der sozialdemokratische Arbeiterbewegung durch Integration und tendenzielle Korruption ihren bisherigen Stachel des sozialistischen Klassenkampfes nehmen wollte. Außenpolitisch verfolgte Wilhelm II. in dieser ersten imperialistischen Phase Deutschlands eine aggressive Politik für noch mehr Kolonien und „Weltgeltung“, untermauert durch eine bisher nicht gekannte deutsche Aufrüstung des Landheeres sowie der Kriegsmarine. Dies mündete im Sommer 1914 im Ersten Weltkrieg.

Am 20. März 1890 entließ Wilhelm II. den „eisernen Kanzler“ Bismarck. Am 30. Juli 1898 verstarb dieser mit 83 Jahren an einer Lungenlähmung.

Bereits am 21. Februar 1895 führte die Werbearbeit der Lindauer Bismarckanhänger dazu, dass Lindaus rein bürgerlicher Magistrat sowie die ebenfalls rein bürgerlichen Gemeindebevollmächtigten der Stadt Lindau (heute zusammen der Stadtrat) beschlossen, Otto von Bismarck zu dessen achtzigsten Geburtstag die Ehrenbürgerrechte der Stadt Lindau zu verleihen und den erst 1885 von Brodplatz in Rathausplatz umbenannten Platz nördlich des Lindauer Alten Rathauses nun in Bismarckplatz umzubenennen.¹⁸ Lindaus Bürgermeister Heinrich Schützinger „der den Fürsten als Lindaus Ehrenbürger feierte“ steigerte sich in seiner Festansprache in eine Lobeshymne hinein und „machte sich Luft in einem umso freudiger ausgebrachten Hoch auf das Deutsche Reich, worauf ‚Deutschland, Deutschland über Alles‘ von der ganzen Versammlung stehend gesunden wurde.“¹⁹

Zu Bismarcks zehntem Todestag veranstalteten Lindaus Bismarckanhänger einen Fackelzug von der Insel Lindau über Aeschach zum Hoyerberg und von dort weiter nach Bad Schachen. Vorsitzender des Festausschusses war der Aeschacher Kommerzienrat und Großkaufmann Johannes Meng.²⁰



Das Bismarck-Denkmal auf halber Höhe des Hoyerberges am „Heldenweg“ in Lindau-Hoyern im Jahre 1939. Foto: Fremdenverkehrsamt Lindau; Repro: Schweizer.

Hieraus entstand im Jahre 1910 der „Verein zur Errichtung eines Bismarckdenkmals auf dem Hoyerberg“²¹ Vertreter der konservativen politischen und gesellschaftlichen

Oberschicht der Stadt bildeten die Vorstandschaft. Vereinsvorsitzender wurde Graf von Hirschberg, Vorsitzender des Bezirksamtes (heute Landratsamt) Lindau, geschäftsführender Vorsitzender wurde Kommerzienrat und Großkaufmann Johannes Meng, Kassier war der Drogist Hans Alt und Schriftführer Rechtsanwalt Jacques Abel. Unterstützt wurden diese vom Lindauer Rechtsrat (Stadtjurist) und späteren Reichsminister, dann Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Dr. Eduard Hamm. Staatsrat und Zuckerindustrieller im Zarenreich Russland, Leopold König von Alwind bei Bad Schachen, schenkte dem Verein ein erstes Grundstück auf dem Hoyerberg.

Da die Stadtvertretung Lindaus zunächst ein gemeinsames Denkmal für Wilhelm I. und Otto von Bismarck auf der Römerschanze bevorzugte, entwickelten sich fortlaufende Diskussionen. Unterbrochen durch den Ersten Weltkrieg (1914 -1918) sowie die daraus herrührende Hyperinflation bis 1923, wurden die Denkmalsdiskussionen erst im Jahre 1930, mitten in der Weltwirtschaftskrise, wieder konkret.²²



Lindauer Schützenscheibe vom Jahre 1935. Mitte des 20. Jahrhunderts wird dabei immer noch ein altes, falsch romantisch-abenteuerliches Bild der „afrikanischen Wilden“ gepflegt und festgezurr. Repro: Schweizer.

Am Sonntag, den 12. Juli 1931 wurde das Denkmal auf halber Höhe des Hoyerberges am „Heldenweg“ eingeweiht. Ausgewählt aus 115 eingereichten Vorschlägen war der Entwurf des Münchner Bildhauers Lothar Dietz ausgewählt worden. Das Denkmal kostete 24.000

Reichsmark und wurde in fränkischem Muschelkalk ausgeführt. Seine stilisierte Adlerfigur ist vier Meter breit sowie 8,50 Meter hoch und wurde von der Lindauer Baufirma „Kanzler und Sesselmann“ aufgestellt.

Bei den Einweihungsfeierlichkeiten, verbunden mit der Übergabe von Denkmal samt Grundstück vom Verein an die Stadt Lindau, wobei der Eintritt eine Reichsmark kostete, formulierte Lindaus Oberbürgermeister, Ludwig Siebert, seit Januar 1931 Mitglied der faschistischen NSDAP Adolf Hitlers, u.a. folgende Widmung: „Du Denkmal des großen Deutschen an des Reiches südlichster Grenze, dass Du den Gruß sendest dem jungen und freien Rhein, der da drüben deutsches Land erstmals betritt, dass du hinüberleuchtest nach Deutsch-Österreich, dass Du ein sinnfälliges Zeichen der Einigkeit der deutschen Stämme der Jahre 1871-1914 bist, für das so viel edles Blut geflossen, künde allen, die an Dir vorübergehen und zu Dir schauen, künde die gewisse Hoffnung auf Deutschlands Wiedergeburt! Wer so mit mir diese Stunde in seinem Inneren erlebt, wer willens ist, zu seinem Teile daraus die sich ergebenden Pflichten auf sich zu nehmen, der bekenne es durch den Ruf: Heil deutsche Art und deutsches Volk, Heil!“²³

Die heutige städtische Informationstafel beim Bismarckdenkmal am Hoyerberg erwähnt die antidemokratischen, militaristischen und kolonialistischen Merkmale der Politik und der Person Otto von Bismarcks mit keinem Wort.

© Karl Schweizer, www.edition-inseltor-lindau.de; Dezember 2022.

Quellen, Fundstellen, Fußnoten:

- ¹ Vgl. „Otto von Bismarck“ auf www.wikipedia.org, aufgerufen am 18.11. 2022.
- ² „Otto von Bismarck“ auf www.wikipedia.org, aufgerufen am 18.11. 2022.
- ³ Otto von Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen – Die drei Bände in einem Bande, Vollständige Ausgabe“, Stuttgart/Berlin 1928, S. 88.
- ⁴ „Otto von Bismarck“ auf www.wikipedia.org, aufgerufen am 18.11. 2022.
- ⁵ Lindauer Tagblatt vom 11. April 1866.
- ⁶ Lindauer Tagblatt vom 11. April 1866.
- ⁷ Lindauer Tagblatt vom 11. April 1866.
- ⁸ Werner Dobras, „1866 ‚eroberte‘ eine Handvoll Lindauer Achberg“ in Lindauer Zeitung vom 14. Mai 1977; Heiner Stauder, Unterlagen zu „Sturm auf Achberg, Lindauer – bayerische Patrioten – erobern die preußische Exklave Achberg“ vom Juni 2008; Andreas Schwarzbauer, „Als sieben Lindauer Achberg eroberten“ in Lindauer Zeitung vom 15. Juni 2016.
- ⁹ „Lindau und der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 sowie die Pariser Kommune von 1871“ auf: www.edition-inseltor-lindau.de, Digitales Lindauer Geschichtsbuch, Digi 2.
- ¹⁰ – Otto von Bismarck: Gesammelte Werke (Friedrichsruher Ausgabe) 1924/1935, Band 9, S. 195/196, zitiert nach „Otto von Bismarck“ auf www.wikipedia.org, aufgerufen am 18.11. 2022.
- ¹¹ „Otto von Bismarck“ auf www.wikipedia.org, aufgerufen am 18.11. 2022.
- ¹² P. Jos. M. Abs, „Der Kampf um unsere Schutzgebiete – Unsere Kolonien einst und jetzt – Ein Beitrag zur Wiedergewinnung unserer Kolonien. Eine Lebensfrage für unser deutsches Volk“, Friedrich Floeder Verlag, Düsseldorf 1926, S. 54.
- ¹³ Lindauer Tagblatt vom 17. Dezember 1884.
- ¹⁴ Gesine Krüger, „Mythos Afrika“ in: „ZEIT-Geschichte – Die Deutschen und ihre Kolonien. Das wilhelminische Weltreich 1884 bis 1918“, in ZEITGeschichte, Nr. 4/2019, S. 28f.
- ¹⁵ Gerd Schumann, „Kaiserstraße – Der deutsche Kolonialismus und seine Geschichte“, Köln 2021, S. 66f.
- ¹⁶ Lindauer Tagblatt vom 17. März 1885.
- ¹⁷ „Eingesandt“ in Lindauer Tagblatt vom 8. März 1885.
- ¹⁸ Lindauer Tagblatt vom 28. Februar und 1. März 1895.
- ¹⁹ Lindauer Tagblatt vom 2. April 1895.
- ²⁰ „Die Geschichte des Denkmals“ in Lindauer Tagblatt vom 11. Juli 1931.
- ²¹ Stadtarchiv Lindau: „Errichtung eines Denkmals zu Ehren Kaiser Wilhelms I. und des Fürsten von Bismarck, Reichskanzler“ ab 1898. Sign. B-II-3-12; „Die Geschichte des Denkmals“ in Lindauer Tagblatt vom 11. Juli 1931.
- ²² „Die Geschichte des Denkmals“ in Lindauer Tagblatt vom 11. Juli 1931.
- ²³ „Ein Bismarckdenkmal schaut ins Land“ in Lindauer Tagblatt vom 13. Juli 1931.